



Niederschrift

Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg

19. Wahlperiode - 14. Sitzung

am Freitag, dem 27. November 2020, 17:00 Uhr,
als Videokonferenz

Anwesende Abgeordnete

Kai Vogel (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Lukas Kilian (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Barbara Ostmeier (CDU)

Tobias von Pein (SPD)

Kathrin Bockey (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stephan Holowaty (FDP)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Sandra Redmann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Ergebnisbericht Forum Tideelbe	4
2.	Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion	10
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1931	
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/4930	
3.	Verschiedenes	12

Der Vorsitzende des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Abg. Vogel, eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit schleswig-holsteinischen Ausschusses fest.

Abg. Pochnicht, der Vorsitzende des Ausschusses der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, eröffnet die Sitzung des hamburgischen Ausschusses ebenfalls um 17:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des hamburgischen Ausschusses fest.

Der hamburgische Ausschuss beschließt zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2 die Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft.

Die Tagesordnung wird in der vorstehenden von beiden Ausschüssen gebilligt.

1. Ergebnisbericht Forum Tideelbe

Herr Rieckhof, Staatsrat der Behörde für Wirtschaft und Innovation Hamburg, bemerkt einleitend, das Forum Tideelbe sei aus Hamburger Sicht ein wichtiges Netzwerk des Austauschs und der Kompromissfindung, das erfolgreich arbeite, wie der Abschlussbericht zeige. Insbesondere die Herausforderung des Klimawandels für die Tideelbe sei noch mehr zu bedenken.

Herr Meine, Leiter der Geschäftsstelle des Projekts Forum Tideelbe, stellt sodann die Ergebnisse des vierjährigen Dialogprozesses ausführlich vor (Anlage 1). Auf eine Nachfrage des Staatsrats Rieckhof, warum so gut wie keine Maßnahmen Niedersachsen betreffen, erläutert Herr Meine, dies sei im Wesentlichen historisch durch die Arbeitsgruppe Strombau bedingt, die vor mehreren Jahrzehnten nach möglichen Maßnahmen gesucht habe. Von dieser Arbeitsgruppe sei die Wiederanbindung der Borsteler Inneneelbe bei Jork als eine Maßnahme auf niedersächsischem Gebiet identifiziert worden. Es habe sich jedoch nun herausgestellt, dass diese Wiederanbindung zum einen baulich sehr kompliziert wäre, zum anderen die ungefähr 60 betroffenen Grundeigentümer nicht bereit seien, das Projekt zu unterstützen. Da es sich somit um ein faktisch unüberwindbares Hindernis handele, habe das Forum entschieden, die Maßnahme nicht weiter zu prüfen.

Herr Dr. Oelerich, Leiter der Abteilung „Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz“ des schleswig-holsteinischen Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und

Digitalisierung, berichtet aus schleswig-holsteinischer Sicht, die mögliche Maßnahme in der Haseldorfer Marsch könne nur in Zusammenhang mit der Pagensander Nebelbe und der Haseldorfer Binnenelbe in Betracht kommen. Schleswig-Holstein sehe die Dämpfung der Tidewelle, um den Sedimenteintrag zu reduzieren, als wichtigstes Ziel an. Die Sicherheit der Bevölkerung in der Haseldorfer Marsch müsse auf jeden Fall zum gleichen Standard wie jetzt gewährleistet bleiben, auch den wasserwirtschaftlichen Verpflichtungen müsse nachgekommen werden können. Weder für die Errichtung der erforderlichen Bauwerke noch für ihren Unterhalt könne Schleswig-Holstein aufkommen. Es sei darauf hinzuweisen, dass die geprüften Maßnahmen einen unterschiedlichen Reifegrad aufwiesen. So hätten sich die mutmaßlich Betroffenen im Bereich der Dove Elbe schon seit längerer Zeit mit den möglichen Auswirkungen befassen können, während im Bereich der Haseldorfer Marsch die Ergebnisse erst seit wenigen Wochen vorlägen. Es sei daher nun essenziell, eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen, um die Reaktion der Bewohner zu erfahren. Davon sei dann abhängig zu machen, ob weitere Planungen sinnvoll seien. Zeitlich würde die Planung einer entsprechenden Baumaßnahme ungefähr zehn Jahre in Anspruch nehmen.

Frau Dr. Kuhnt, Staatssekretärin des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein, ergänzt, die Einrichtung des Forums Tideelbe gehe zurück auf eine Vereinbarung in einem politischen Eckpunktepapier zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg und werde daher aus schleswig-holsteinischem Blick immer im Zusammenhang mit der Sedimentverbringung bei der Tonne E 3 gesehen. Im Bereich des Sedimentmanagements müsse es aus schleswig-holsteinischer Sicht in Zukunft bessere Resultate geben. Eng hiermit zusammen hingen die Schadstoffbelastung der Sedimente, die sich nur durch eine entsprechende Schadstoffentfrachtung schon im Oberlauf in Deutschland und Tschechien erreichen lasse. Sie stimme Staatsrat Rieckhof dahin gehend zu, dass die Folgen des Klimawandels für die Tideelbe noch mehr als bisher in den Blick rücken müssten. Schon heute gebe es im Sommer häufig einen sehr geringen Wasserzulauf aus der Oberelbe.

Zur möglichen Maßnahme in der Haseldorfer Marsch schließt sich Staatssekretärin Dr. Kuhnt Herrn Oelerich an, hier komme es nun auf die Bürgerbeteiligung an. Bei geschätzten Kosten von 390 Millionen € und einem Einfluss auf den Tidenhub von 1 cm müsse auch grundsätzlich die Frage der Verhältnismäßigkeit gestellt werden. Es handele sich in jedem Fall um einen großen Eingriff in die Umwelt, bei dem zu fragen sei, ob er sich angesichts des positiven Ergebnisses für das Sedimentmanagement verantworten lasse.

Abg. Jersch stellt klar, er erwarte eine klare Absage des Senats an eine Öffnung der Dove Elbe für die Tide sowie die weitere Zuschüttung der Elbe und ihrer Fluträume. Zu einem großen Teil handele es sich bei den Sedimentproblemen im Hamburger Hafen um ein selbstgemachtes Problem. Bei allen Maßnahmen gebe es erhebliche sozialräumliche Folgen für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner. - Staatsrat Rieckhof erwidert, seit der Erweiterung des Airbus-Werkes Hamburg-Finkenwerder (Mühlenberger Loch) habe es keine nennenswerte Zuschüttung von Fluträumen in Hamburg gegeben.

Abg. Schittek zeigt sich verwundert, dass im Forum Tideelbe lediglich Gebiete hinter der ersten Deichlinie untersucht worden seien. Wie sich bereits im Bereich Este/Mühlenberger Loch gezeigt habe, könnten Fluttore nicht immer sicher betrieben werden, sodass der Hochwasserschutz offenbar nicht garantiert werden könne. Angesichts der Tatsache, dass nach acht bis zehn Jahren die betroffenen Gewässer wieder freigebaggert werden müssten, frage sie nach der Nachhaltigkeit eventueller, zudem sehr teurer Maßnahmen. Sie kritisiert im Weiteren die Zerstörung von bedeutsamen Naturräumen und verweist auf die unklaren Folgen für den Obstbau. Neben der Einbeziehung außerdeichs liegender Flächen müssten auch die im schleswig-holsteinischen Gebiet liegenden Elbhäfen (Wewelsfleth, Friedrichskoog) betrachtet werden.

Herr Meine stellt zunächst klar, seine Aufgabe bestehe nicht darin, die Ergebnisse des Forums zu verteidigen, sondern lediglich darin, die Arbeit des Forums zu unterstützen und die Ergebnisse zu dokumentieren. Nebenelben im Parallelschluss zur Elbe hätten nach hydrologischen Erkenntnissen nicht das gleiche Potenzial wie seitlich zur Elbe angeordnete Flachwasserbereiche, die sich durch einen kleinen Querschnitt befüllten und entleerten. So sei beispielsweise durch eine Aufwertung der Pagensander Nebenelbe kein größerer hydrologischer Effekt zu erwarten. Bei allen Maßnahmen spielten die drei Faktoren Volumen, Entfernung vom Hamburger Hafen und Anbindung an die Elbe die zentrale Rolle, sodass Maßnahmen beispielsweise in den Häfen Friedrichskoog oder Wewelsfleth nicht zielführend erschienen. - Herr Oelerich stimmt ihm zu.

Abg. Gladiator stellt klar, die CDU-Fraktion der Bürgerschaft lehne die ins Auge gefassten Maßnahmen wegen der hohen Kosten, des fraglichen Nutzens und der zerstörerischen Wirkungen ab.

Abg. Ostmeier stellt klar, im Bereich der Haseldorfer Marsch habe es bis jetzt noch keinerlei Bürgerbeteiligung gegeben. Es müsse beachtet werden, dass die Maßnahme hier wohl einen ökologischen Mehrwert bringe, jedoch nur einen untergeordneten Beitrag zum Sedimentmanagement leisten könne, welches jedoch das eigentliche Ziel sei.

Auf mehrere Fragen der Abg. Oldenburg berichtet Herr Meine, Erfahrungswerte aus anderen entsprechenden Gebieten ließen sich nicht auf den Bereich der Tideelbe übertragen, da die Ästuarien sehr unterschiedlich ausgeprägt seien. Von der Bundesanstalt für Wasserbau erhobene Untersuchungsergebnisse seien grundsätzlich durchaus belastbar, jedoch sei zu bedenken, dass das Forum keine eigenen Untersuchungen angestellt habe, sondern nur bereits vorhandene Untersuchungsergebnisse zusammengetragen habe. Es gebe daher durchaus im Einzelnen Unsicherheiten zur jeweiligen genauen Beschaffenheit der Gewässer und Flächen vor Ort.

Abg. Jersch, Abg. Gladiator und Abg. Ostmeier fragen nach der Zukunft des nun abgeschlossenen Forums Tideelbe und den entsprechenden Absichten des Hamburger Senats. - Herr Rieckhof bemerkt hierzu einleitend, es gebe hierzu noch keinen Senatsbeschluss, sodass er nur vorläufige Zwischenergebnisse berichten könne. Es zeichne sich jedoch ab, dass wahrscheinlich die Maßnahme Alte Süderelbe und Haseldorfer Marsch von Hamburger Seite her weiter geprüft, die Maßnahme Dove Elbe jedoch nicht weiter geprüft werde. Auf jeden Fall seien im nächsten Schritt im Bereich Alte Süderelbe und Haseldorfer Marsch weitere Untersuchungen erforderlich, um sachgerecht entscheiden zu können. Hamburg sei auf den Bund, Schleswig-Holstein und Niedersachsen zugegangen, um ins Gespräch darüber zu kommen, das Forum Tideelbe mit etwas schlankerer Organisationsstruktur weiterzuführen. Vorbehaltlich eines entsprechenden Senatsbeschlusses, der noch nicht vorliege, könne Hamburg wiederum die Sockelfinanzierung der Geschäftsstelle übernehmen. Bei allen Maßnahmen müsse auf jeden Fall die Frage der Verhältnismäßigkeit gestellt werden.

Abg. Jasberg berichtet, die Fraktion der Grünen in der hamburgischen Bürgerschaft habe noch nicht über das weitere Vorgehen in dieser Frage entschieden, sodass die von Abg. Schittek geäußerten Einwände bislang nur eine Einzelmeinung darstellten. Insgesamt habe sie den Eindruck, dass in dem Forum sehr gründlich und sorgfältig gearbeitet worden sei, sodass man sich auf die Arbeitsergebnisse verlassen könne. Sie wirbt dafür, das Thema auch weiterhin bundesländerübergreifend zu bearbeiten.

Abg. Ehlebracht fragt, warum nicht die die hamburgischen Fleete und Kanäle mit im Forum betrachtet worden seien. Es handele sich um ungefähr 2,5 Millionen m² Wasserfläche, die angesichts der Nähe zum Hamburger Hafen und ihrer guten Anbindung ein enormes Potenzial böten. - Staatsrat Rieckhof entgegnet, nicht alle Kanäle und Fleete seien tideabhängig. Ihre Untersuchung sei nicht Gegenstand des Forums gewesen. Er gebe jedoch zu, dass es hier durchaus einen großen Baggerbedarf gebe, wobei auch immer die Frage des Kosten-Nutzen-Verhältnisses zu stellen sei, da die Baggerkosten sehr hoch lägen. Der Senat gebe jährlich bereits 90 Millionen € bis 100 Millionen € für entsprechende Baggerarbeiten aus. - Abg. Ehlebracht entgegnet, offenbar sei dann die Aufgabenstellung des Forums zu eng gefasst worden. Zwar sei es richtig, dass auch die Ausbaggerung mit hohen Kosten verbunden sei, dies gelte jedoch noch in höherem Maße für die im Rahmen des Forums debattierten Projekte. Er frage daher nachdrücklich, welches zusätzliche Volumen im Bereich der Fleete und Kanäle geschaffen werden könnte, wenn diese bis zu einer Tiefe von 2,40 m ausgebaggert würden. - Staatsrat Rieckhof antwortet, eine solche Information liege ihm nicht vor. Aus Sicht des Senats gebe es hierzu auch keinen Untersuchungsbedarf. Es sei zu beachten, dass nur ein geringer Teil der Wasserflächen der Hamburg Port Authority (HPA) unterstehe. - Frau Flecken, HPA, ergänzt, das Thema der Verschlickung des Hafens sei ein Thema, dessen sich die HPA durchaus annehme. Es sei zu beachten, dass ein Teil der Flächen bereits als Biotop einzustufen sei. Hinzu komme die teilweise hohe Belastung des Sediments, was eine kostenintensive Entsorgung an Land erfordern würde. Die HPA befinde sich jedoch in Gesprächen hierüber mit der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft.

Abg. Jersch stellt klar, die Linke-Fraktion der Bürgerschaft unterstütze die Arbeit des Forums Tideelbe. Grundsätzlich seien alle Maßnahmen zur Begrenzung des Tidenhubs, die unter Einbindung der betroffenen Bevölkerung stattfänden, legitim. Er habe jedoch den Eindruck, dass es an dieser Legitimität zum Teil fehle, insbesondere dann, wenn der Senat das Problem durch das weitere Zuschütten von Fluträumen noch verschärfe.

Abg. Sparr verweist auf die gemeinsame Verantwortung der norddeutschen Bundesländer, um eine Lösung zu finden. Sie stimme daher der von Staatsrat Rieckhof in Aussicht gestellten Fortsetzung des Forums ausdrücklich zu, um eine möglichst objektive Entscheidung treffen zu können.

Abg. Schittek regt an, die Öffnung der Nebelnelben und die mögliche Nutzung des Baggergutes an Land, beispielsweise zur Deicherhöhung, vertieft zu prüfen.

Auf eine Frage der Abg. Redmann zum weiteren Verfahren und der Einbindung insbesondere des Landtags schildert Staatssekretärin Dr. Kuhnt, man befinde sich nach der erst vor Kurzem erfolgten Vorlage der Ergebnisse des Forums noch in einem relativ frühen Stadium. Sie wolle unterstreichen, dass die Maßnahme in der Haseldorfer Marsch aus schleswig-holsteinischer Sicht zwingend gemeinsam mit den Nebenelben zu betrachten sei. Auch aus schleswig-holsteinischer Sicht solle das Forum jedoch fortgesetzt werden, um das Thema gemeinsam zu bearbeiten. Die Landesregierung werde hierzu demnächst im Umwelt- und Agrarausschuss des Landtags berichten.

Der Vorsitzende des hamburgischen Ausschusses, Abg. Pochnicht, stellt fest, dass die Selbstbefassung abgeschlossen und ein Bericht an die Bürgerschaft gegeben wird.

2. **Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1931](#)

(überwiesen am 23. Januar 2020 an den **Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europa-ausschuss und den Bildungsausschuss)

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/4930](#)

hierzu: [Drucksache 19/2191](#), [Umdrucke 19/4433](#), [19/4479](#)

Staatsrat Rieckhof berichtet, die zehn eingerichteten Arbeitsgruppen seien dabei, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu bearbeiten. In Bezug auf die vorliegenden Anträge werde er dafür, immer die gesamte Metropolregion und ihre Träger mitzudenken.

Abg. Jersch meint, in Bezug auf die Entwicklung einer Marketingstrategie halte er ein Modell, das die Träger der Metropolregion mit einbeziehe, für sinnvoller, als Hamburg Marketing zu beauftragen. - Staatsrat Rieckhof weist darauf hin, dass alle Landkreise der Metropolregion ebenfalls Mitglied der Hamburg Marketing GmbH (HMG) seien. Insgesamt werde es nur eine Abstimmung der Marketingstrategie, nicht jedoch ein einheitliches Marketing geben können. Zu den vorliegenden Anträgen wolle er bemerken, dass das Thema des Fachkräftemangels federführend von der UV Nord und der IHK Flensburg bearbeitet werde.

Herr Brodehl, Hamburgische Behörde für Verkehr und Mobilitätswende, berichtet ergänzend, die Federführung für das Projekt Tarifierung/Nordtarif liege bei Hamburg. Es würden zunächst Weiterentwicklungsmöglichkeiten des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) geprüft.

Auf eine Frage des Abg. Tietze berichtet Frau Kling, Leiterin des Referats „Europäische Raumordnung, grenzüberschreitende sowie regionsbezogene Landesentwicklung“ des schleswig-holsteinischen Innenministeriums, der Regionsrat der Metropolregion habe die vorgelegten Anträge durchaus im Blick. Die sogenannte Zukunftsagenda der Metropolregion bedeute nach derzeitiger Schätzung Kosten von 3,4 Millionen €, die aus den Budgets der Förderfonds und der Geschäftsstelle bestritten werden sollten. - Staatsrat Rieckhof stimmt dem zu. Alle eingerichteten Arbeitsgruppen hätten dem Regionsrat und dem Lenkungsausschuss dargelegt, welche Unterstützung für die Durchführung ihrer Aufträge erforderlich sei. Es sei wichtig, darauf

hinzuweisen, dass dies nur die Bearbeitung in den Ausschüssen, nicht die Finanzierung der dann vorzunehmenden Maßnahmen selbst betreffe.

Abg. Holowaty wirbt dafür, einheitliche Positionen der Metropolregion zu den anstehenden Fragen zu entwickeln, um einem der größten Kritikpunkte der OECD zu begegnen. - Abg. Thiering schließt sich dem an.

Staatsrat Rieckhof weist darauf hin, dass insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und in Niedersachsen im Bereich der Weiterentwicklung des ÖPNV noch andere regionale Kontexte zu berücksichtigen seien. - Frau Kling stimmt ihm zu.

Abg. Dr. Tietze wirbt dafür, beim Thema der Weiterentwicklung des ÖPNV voranzugehen, auch wenn dies bedeute, dass man nicht im ersten Schritt alle Partner mitnehmen könne. Es bestehe die Gefahr, dass die Coronakrise den ÖPNV nachhaltig schädige. Um die Attraktivität zu steigern, sei daher möglichst rasch eine massive Stärkung der Zusammenarbeit erforderlich.

Beide Ausschüsse kommen überein, auf Grundlage der vorliegenden Anträge interfraktionell einen gemeinsamen Antrag zu einen.

3. Verschiedenes

Die Ausschüsse tauschen sich kurz über Vor- und Nachteile verschiedener Videokonferenzlösungen aus.

Abg. Kilian regt an, dass beide Ausschüsse sich in einer ihrer nächsten Sitzungen mit dem aktuellen Stand des Kraftwerks Wedel beschäftigen könnten.

Die Vorsitzenden schließen die Sitzungen um 19:35 Uhr.

gez. Kai Vogel
Vorsitzender

gez. Dr. Sebastian Galka
Geschäfts- und Protokollführer